

Nord-Süd? Ost-West?

Arm-reich!

20 Jahre sind vergangen, seit die Nord-Süd-Kommission, geleitet von Willy Brandt, der UNO ihren Bericht vorlegte. Darin wurden die Zukunftsaussichten der Entwicklungsländer »alarmierend« genannt. 20 Jahre sind eine lange Zeit. Viel ist geschehen. Der Ost-West-Gegensatz ist aufgelöst. Der Welthandel hat ein Stadium erreicht, das mit dem Schlagwort »Globalisierung« bezeichnet wird. An den Weltbörsen werden an guten Tagen Finanzvolumen bewegt, die dem Wert des Welt Handels eines ganzen Jahres entsprechen. Aus einigen Entwicklungsländern sind Schwellenländer geworden. Bewegen sich die Länder, die der nördlichen beziehungsweise der südlichen Hemisphäre zugerechnet werden, in ihren wirtschaftlichen Entwicklungen aufeinander zu? Steht nun auch der Nord-Süd-Gegensatz vor seiner Auflösung?

Die Antwort lautet: nein. Die politische Entwicklung, die mit dem Zerfall des Ostblocks ihren Höhepunkt erreichte, hat den »südlichen« Ländern wirtschaftlich mehr geschadet als genützt. Die mit dem östlichen oder dem westlichen Lager ideologisch verbündet gewesenen Staaten in der dritten Welt haben ihre Paten und die auf den alten weltmachtpolitischen Konstellationen beruhende wirtschaftliche Unterstützung verloren. Die politische Entwicklung seither trägt deutlich regressive Züge (Rückfall in Stammeskämpfe wie in Afrika, in »ethnische Säuberungen« wie auf dem Balkan, in religiös begründete Konflikte wie in Kaschmir und Tschetschenien ...), die wirtschaftliche Entwicklung der ärmeren Länder verlangt zu ihrer Kennzeichnung eigentlich eine Steigerung des Ausdrucks »alarmierend«.

Ein Entwicklungsprozeß, der insofern ungezügelt verläuft, als die treibenden Kräfte an keinem Wertekonsens orientiert sind, sondern am materiellen Erfolg, läßt die Reichen reicher und die Armen ärmer (und zahlreicher) werden. Das zeigt, im großen Maßstab, der Nord-Süd-Gegensatz, das zeigen, im kleineren Maßstab, die sozialen Veränderungen zum Beispiel im prosperierenden Amerika. Der Gegensatz, wie immer er genannt wird, ist überall. Das Problem haben nicht »die«, sondern »wir«. Der Historiker Gregor Schöllgen schlägt deswegen einen »Solidaritätszuschlag« nach innerdeutschem Vorbild vor, der den Entwicklungsländern zugute kommen soll – aber schon die alte OECD-Regel, nach der 0,7 % des Bruttoinlandsproduktes für Entwicklungshilfe aufgewendet werden sollen, ist von den meisten (reichen) Ländern nicht erfüllt worden.

Dabei kann nicht behauptet werden, daß keine Hilfe geleistet würde. Die Deutschen sind bestrebt, Entwicklungsunterschiede im eigenen Land auszugleichen. Die Europäer geben viel Geld aus, um das Wohlstandsgefälle zwischen den EU- und ihren östlichen und südöstlichen Nachbarstaaten abzubauen. Die Amerikaner ziehen die Mexikaner in der NAFTA mit. Japan unterstützt die von der Asien-Krise betrof-

fenen Länder. Das ist »Nachbarschaftshilfe«: das Hemd ist den meisten näher als der Rock. Das ist menschlich. Aber man sollte die »Globalisierung« nicht den Unternehmen überlassen: der Gedanke an die »eine Welt« sollte so stark werden, daß *tatsächliche* Konvergenz erreicht, das heißt, daß der Entwicklungsrückstand *tatsächlich* kleiner wird – mit welchen Prozentsätzen oder Beträgen an Entwicklungshilfeleistungen auch immer. Bleibt die Solidaritätsleistung der Begünstigten aus, droht eine Solidarisierung der Benachteiligten – die Anfänge sind bereits sichtbar.

UNCTAD

Parlament der Globalisierung

Die Konferenz für Handel und Entwicklung der Vereinten Nationen (UNCTAD) hat keinen leichten Stand. Sie galt lange Zeit als politisch »links« orientiert, während des »kalten Krieges« sogar als von Moskau gesteuert. Manchen gilt sie als überflüssig neben der Welthandelsorganisation (WTO) und den Bretton-Woods-Instituten (Weltbank und Internationaler Währungsfonds). So kann es nicht verwundern, daß sie selber – vor allem in Gestalt ihres Generalsekretärs Ruben Ricupero – von den Begriffen ihres Namens vor allem denjenigen der Entwicklung aufgreift, um ein eigenständiges Programm für ihre Arbeit zu definieren. Die X. Konferenz stand im Zeichen dieses neuen Leitbildes: Parlament der Globalisierung wolle sie sein.

Die weitere Liberalisierung des Welthandels soll der WTO, das Weltfinanzsystem der Weltbank und dem IWF überlassen bleiben. Diese Institutionen haben allerdings Akzeptanzprobleme, die im Kern darauf beruhen, daß die Globalisierung nicht nur Gewinner, sondern in zunehmendem Maße auch Verlierer hervorbringt. In diesem Sinn will die UNCTAD künftig ein Forum bieten, das dem Interessenausgleich dient und Proteste kanalisiert, bevor sie sich gewaltsam entladen. Als Gruppe benachteiligt sieht sie die Entwicklungsländer. Ein Indiz hierfür ist die Tatsache, daß die Anzahl der am wenigsten entwickelten Länder (mit weniger als 700 \$ Bruttosozialprodukt je Kopf der Bevölkerung) von 1971 bis 1999 von 25 auf 48 Länder anstieg.

Die außenwirtschaftliche Verflechtung dieser Volkswirtschaften (mit 13 % der Weltbevölkerung) liegt mit 0,4 % beim Export und 0,6 % beim Import weit unter dem Durchschnitt. Gründe hierfür gibt es mehrere, darunter einen, der geeignet ist, in diesem »Parlament« verhandelt zu werden: die hohen Importschranken der Industrieländer für Agrarprodukte, von denen sie selber nur zu 8 %, die Entwicklungsländer aber zu einem Drittel abhängen. Die protektionistischen Maßnahmen schützen die Reichen vor den Armen – mit dem vielbeschworenen Geist der Liberalisierung hat das nichts zu tun. Ein weiteres Thema stellen Sozial- und Umweltstandards sowie »gute Regierungsführung« dar. Die moralisch begründeten Forderungen der entwickelten Staaten werden von den armen Ländern vor allem als

weiterer Versuch zur Diskriminierung und Ausgrenzung der Armen angesehen. Ob es der UNCTAD gelingt, in diese »Schiedsrichterrolle« hineinzuwachsen, wird nicht zuletzt davon abhängen, ob WTO, Weltbank und IWF eine solche Rolle akzeptieren. Wenn nicht, könnte die UNCTAD aufgelöst werden – die angesprochenen Probleme aber würden bleiben.

Welthandel

Loch im Kalender

Das Weltwirtschaftsforum in Davos faßt keine bindenden Beschlüsse, um so interessanter können die Vorträge sein. Der amerikanische Finanzminister Rubin kündigte 1999 in Davos eine neue Weltfinanzarchitektur an, sein Nachfolger Summers allerdings wollte in diesem Jahr nichts mehr davon wissen, auch nicht von den Beschlüssen des Kölner Gipfels: er hat eigene, wohlbekannte Vorstellungen. (Außerdem herrscht in Amerika Wahlkampf.) Seine Einstellung zu den Welt-Institutionen läßt sich zusammenfassen zu dem Satz: sie haben sich den Weisungen der (nach ihrem Selbstverständnis) einzig verbliebenen Welt-Macht zu fügen. Wie ernst soll man da die Abschiedsworte des amerikanischen Präsidenten nehmen, die Liberalisierung solle weiter vorangebracht werden und auch den Armen nützen, wenn man nicht weiß, ob sich sein Nachfolger daran erinnern lassen mag?

Die WTO versucht, das Debakel von Seattle aufzuarbeiten und die nächste Konferenz besser vorzubereiten. Der amerikanische Wahlkampf läßt bindende Zusagen aus den USA vorerst nicht erwarten. Dadurch entsteht ein Loch im Kalender. Man schätzt, daß vor dem Frühjahr 2001 keine neue Runde zustande kommen wird. Das läßt den Hauptbeteiligten Spielraum, auf ihre Trommeln zu schlagen. Es sind immer noch die selben Trommeln, die zusammen den Mißklang der Auftaktveranstaltung zur sogenannten Millenniumsrunde hervorbrachten: kurze Tagesordnung, nein: lange, Abschluß der Uruguay-Runde vorziehen, nein: einbeziehen, die weitere Liberalisierung voranbringen, nein: Sozial- und Umweltstandards beschließen, und so weiter. Es sind Fehler gemacht worden bei der Vorbereitung, so viel ist sicher, aber keiner sucht sie bei sich.

OPEC

Ein besonderer Saft

Mit Sorge sehen nicht zuletzt die Notenbankchefs auf die Ölpreisentwicklung. Die Rohölpreise sind auf einen Höchststand in diesem Dezennium geklettert und liegen jetzt über 30 \$ je Barrel (159 Liter). Die Länder der Euro-Zone kaufen Öl doppelt teuer ein, weil die nachhaltige Euro-Schwäche den Preisauftrieb verstärkt. Da Öl kein Produkt wie viele andere ist, sondern ein ganz besonderer Saft, der in Form der aus ihm gewonnenen Energie in nahezu alle Produkte eingeht, wird ein spürbarer inflationärer Effekt befürchtet, der schon jetzt in seinen Anfängen erkennbar ist.

Die OPEC ist ihrerseits kein festgefügtes Kartell, sondern eine Organisation, in der immer wieder Streit aufkommt über Fördermengen und Quoten. Die Abnehmer üben derzeit massiven Druck auf einzelne Förderstaaten aus mit dem Ziel, daß die Fördermengen erhöht werden und die Preise dadurch sinken. Für die Preise wird ein Korridor zwischen 20 und 25 \$ angepeilt. Die Aussichten hierfür sind derzeit nicht schlecht, wenn auch die OPEC noch keinen Konsens gefunden hat.

Weltfinanzsystem

Knirschen im Gebälk

Die Wirtschaftskrisen der letzten Jahre haben Konstruktions- und Verhaltensfehler unübersehbar an den Tag gebracht. Seitdem wird diskutiert über den Umbau der sogenannten internationalen Finanzarchitektur – ein Begriff, der nicht so recht passen will für den Kampf aller gegen alle, wie er derzeit herrscht. Nicht einmal der Schein des Konsenswillens, der Prinzipientreue, der Zweckmäßigkeit im Hinblick auf ein klar umrissenes Ziel wird mehr gewahrt. Die unwürdige Auseinandersetzung um die Besetzung des Chefsessels beim Internationalen Währungsfonds zeigte deutlich, daß mit einer Annäherung der Standpunkte derzeit nicht gerechnet werden kann.

Die Amerikaner demonstrieren inzwischen unverhohlen den Primat ihrer Interessen. Der Wahlkampf trägt das seine dazu bei. Der architektonische Umbau wird viel Geschick im Herstellen von Mehrheiten erfordern, die Vorbereitung der Wahl läßt von diesem Geschick nichts ahnen – auf beiden Seiten des Atlantiks.

Deutschland

Außenhandel

Billion knapp verfehlt

Die deutsche Ausfuhr in die Länder der Euro-Zone wuchs um 6 % auf 436,6 Mrd. DM. Der Anteil der Ausfuhren ohne Kursrisiko stieg damit auf 44 %. Dieser Zuwachs reichte aber nicht aus, um die Ausfälle in den Krisen-Regionen der Welt auszugleichen. So blieben die Ausfuhren insgesamt mit 992,3 Mrd. DM knapp unter der Schwelle von einer Billion DM. Gleichzeitig verteuerten sich die Importe wegen der Euro-Schwäche (die andererseits zugleich die Exporte begünstigte) und der gestiegenen Ölpreise, so daß der Ausfuhrüberschuß von 124,6 Mrd. DM unter dem Wert von 1998 blieb (127 Mrd. DM).

Jahreswirtschaftsbericht 2000

Außenwirtschaftsförderung

»Zunehmende Bedeutung erhält vor dem Hintergrund verstärkten weltweiten Wettbewerbs die Außenwirtschaftsförderung. Bei der Weiterentwicklung dieses

insbesondere auf die mittelständische Wirtschaft gerichteten Instrumentariums geht es um die noch engere Abstimmung zwischen den Trägern der Außenwirtschaftsförderung und anderen außenwirtschaftlich aktiven Institutionen mit dem Ziel, einen Serviceverbund Außenwirtschaft der deutschen Wirtschaft zu schaffen, der allen interessierten deutschen Unternehmen zur Verfügung steht. Die Bundesregierung wird angesichts des Rückgangs der Ausfuhrleistung für mittel- und langfristige Exportgeschäfte ihre Bemühungen verstärken, die Unterstützung der deutschen Exportwirtschaft insbesondere auch durch strukturierte Finanzierungs- und Besicherungskonzepte zu verbessern. Zudem werden die Verhandlungen zur Lösung von Problemfällen mit einzelnen Bestellerländern fortgesetzt, um auch dort wieder die Voraussetzungen für neue Exportbürgschaften zu schaffen. Insgesamt wird die internationale Kooperation zwischen den Exportkreditagenturen der Industrieländer durch den Abschluss neuer Rückversicherungsabkommen intensiviert. Auch die internationale Abstimmung über die Berücksichtigung von Umweltbelangen bei der Vergabe von Ausfuhrleistung wird im Rahmen der OECD verstärkt fortgeführt.

Durch Abschluss bzw. Neuabschluss von Investitionsförderungsverträgen mit Nigeria, Kolumbien, China, Indonesien und Thailand soll der bilaterale Investitionsschutz verbessert werden. Bei komplexen Großprojekten wird eine effizientere Koordination nationaler und internationaler Investitions- und Ausfuhrleistungsinstrumente angestrebt. Nach dem offiziellen Beginn der Assoziationsverhandlungen zwischen der EU und den in Mercosur zusammengeschlossenen lateinamerikanischen Ländern im November 1999 werden Expertengruppen die Gespräche über Handelsliberalisierungen mit dem Ziel einer Freihandelszone aufnehmen. Im Verhältnis zu den USA wird die Umsetzung des Aktionsplans der Transatlantischen Wirtschaftspartnerschaft fortgesetzt. Im September 2000 findet die 8. Asien-Pazifik-Konferenz der Deutschen Wirtschaft in Kuala Lumpur / Malaysia statt.« (Aus dem Jahreswirtschaftsbericht 2000 der Bundesregierung, Abschnitt 128.)

HERMES

Überschuß erzielt

Die Exportkreditversicherungen mit Bundesgarantie (HERMES-Deckung) schlossen im abgelaufenen erstmals seit zehn Jahren wieder mit einem Überschuß (von 215 Mio. DM) ab. Das ist das beste Argument gegen die hier und da vorgebrachte Behauptung, die Deckung würde manchmal leichtfertig erteilt. Das Neugeschäft geht etwas zurück, was hauptsächlich auf die Rußland-Krise zurückgeführt wird.

Die Bundesregierung begrüßt das Ergebnis nicht allein aus fiskalischer Sicht, sondern auch deshalb, weil es die These stützt, es handele sich bei dieser Leistung nicht um Subventionen, sondern um einen Risikoausgleich, der sich als Geschäftsart

einer Versicherung durchaus wirtschaftlich selber tragen kann. Die Exportförderung im weiteren Sinn steht unter der ständigen Beobachtung der EU und der WTO beziehungsweise solcher Wettbewerber auf den Weltmärkten, die sich benachteiligt fühlen.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie sieht sich durch das Geschäftsergebnis in seiner Auffassung bestätigt, das System der Exportkreditgarantien bedürfe keiner Änderung. Änderungswünsche kommen vor allem von den Grünen. Sie wollen die Genehmigungen außer von wirtschaftlichen auch von politischen Kriterien abhängig machen.

Steuersystem

»Einfach und gerecht!«

Das geltende Steuerrecht in seiner Gesamtheit ein »System« zu nennen, würde keinem Finanzwissenschaftler und keinem ehrlichen Politiker einfallen. Die alte und stets unerfüllt gebliebene Forderung der Wissenschaftler nach einem rationalen, das heißt: in sich stimmigen, widerspruchsfreien Steuersystem wird in einer neuen Initiative überboten durch den Vorschlag für ein einfaches Steuersystem. »Nur einfache Steuern sind gerechte Steuern«, erklärte Klaus Rose, der Leiter eines Projektteams, das dieses System als Entwurf ausarbeiten will.

Ein kompliziertes und deshalb undurchschaubares Steuerrecht ist immer ungerecht, ein einfaches dagegen bekanntlich nicht automatisch gerecht. Deshalb müßte man den Satz eigentlich umkehren: Gerechte Steuern sind immer einfach. Das Problem steckt also in dem Anspruch, eine gerechte Lösung zu finden und – wenn mehrere denkbar sind – die einfachste aller gerechten Lösungen vorzuschlagen. Das geltende Abgabenrecht (das Recht der Steuern, Zölle, Gebühren, Beiträge und Sozialabgaben) ist nicht zuletzt deshalb so kompliziert, weil darin eine Vielzahl widerstreitender Interessen berücksichtigt werden.

Ein Versuch, das geltende Steuerrecht durch ein einfaches zu ersetzen, muß genau hier ansetzen: Steuern werden vor allem erhoben, weil der Staat Geld braucht, um seine Aufgaben zu erfüllen. Die Bemessung der Steuern ist an der Leistungsfähigkeit der Betroffenen auszurichten. In der Praxis kommen tausend Rücksichten, Nebenabsichten und Hintergedanken hinzu – von der Erhaltung der Gesundheit (Tabaksteuer), der Schonung der Energiereserven bzw. der Umwelt (Öko-Steuer) bis hin zu Belohnungen und Strafen aller Art. Angenommen aber, es gelänge lehrbuchmäßig – was wäre gewonnen? Ein einfaches und gerechtes Steuersystem – aber die Interessen, die zu den Ausnahmen und den Ausnahmen von den Ausnahmen geführt haben, wären damit nicht aus der Welt. Das Problem des Staates wäre von der Einnahmen- auf die Ausgabenseite verlagert worden. Dennoch ist der Versuch zu begrüßen.

Subventionen

»Alle abschaffen!«

Die Ausnahmeregelungen im Steuerrecht sind ein Teil des »Systems« von staatlichen Zuwendungen an Private. System ist darin eigentlich keines zu erkennen. Das sieht man schon daran, daß die Höhe der Gesamtleistungen für das Jahr 1998 in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung mit 69,4 Mrd. DM, im Subventionsbericht der Bundesregierung mit 117,4 Mrd. DM und in einer Studie des Kieler Instituts für Weltwirtschaft mit 303,3 Mrd. DM angegeben wird – ergänzt um den Hinweis, man habe nicht alle Subventionen ermitteln können und auch die beträchtlichen Verwaltungskosten außer Ansatz gelassen.

Vorschläge für die Senkung oder Abschaffung einzelner Subventionen gibt es immer wieder. Die jüngste Kieler Initiative geht insofern darüber hinaus, als sie feststellt, keine einzige Finanzhilfe des Staates sei ökonomisch zu rechtfertigen, weshalb alle abgeschafft gehören. Die Lösung wäre einfach, aber wäre sie auch gerecht? Ein Gedankenspiel ist der Vorschlag immer wert. Es geht, wenn man die Kieler Zahlen unterstellt, um ein Volumen von mehr als einem Drittel des gesamten Steueraufkommens, anders gesagt: die Steuersätze könnten im Durchschnitt um ein Drittel gekürzt werden, wenn die Finanzhilfen eingestellt würden.

In der Diskussion über den Standort Deutschland werden häufig die Abgabenlast und die Höhe der Lohnnebenkosten angeführt, seltener die Finanzhilfen. Würden die Subventionen wirklich abgeschafft, würde diese Diskussion mit umgekehrten Vorzeichen, aber unverminderter Heftigkeit weitergeführt, denn subventioniert wird überall auf der Welt. Ein Vorschlag, der diese Realität ignoriert, hat kaum Aussicht, ernst genommen zu werden.

Europäische Union

EU-Entwicklung

Vision im Wandel

Die dritte Regierungskonferenz innerhalb eines Jahrzehnts soll die Europäische Union ein gutes Stück voran bringen. Der Abschluß des neuen Vertrages soll im Dezember in Nizza erfolgen. Gegenstand sind vor allem die Themen, die im Amsterdamer Vertrag noch ausgespart wurden: erweiterte Möglichkeiten von Mehrheitsbeschlüssen anstelle der Einstimmigkeit, die Neugewichtung der Stimmenanzahlen (Sitze im Europäischen Parlament, Stimmen im Ministerrat) sowie die Größe und die Zusammensetzung der Europäischen Kommission. In der Frage der Mehrheitsbeschlüsse hat sich die EU ungewollt selber in Handlungszwang gebracht, indem sie Österreich ächtete, das nun die Möglichkeit hat, Entscheidungen, welche Einstimmigkeit erfordern, zu blockieren.

Die Beschlüsse von Helsinki erfordern eigentlich einen neugefaßten Flexibilitätsartikel. Da der Zeitplan für den neuen Vertrag nicht gefährdet werden soll, ist für Nizza aber nicht damit zu rechnen. Flexibilität in diesem Sinne ist die Möglichkeit einzelner Mitglieder, die Zusammenarbeit zu vertiefen, ohne daß alle Mitgliedstaaten gleich oder überhaupt mitziehen müßten (Beispiel: der Euro als Gemeinschaftswährung nicht aller EU-Mitgliedstaaten). Die Aussicht auf ein Europa der 28 mit über 500 Millionen Menschen, mit neuen Mitgliedstaaten, deren reichste ärmer sind als die ärmsten bisher, würde ohne die Möglichkeit einer flexiblen Vertiefung eines »Kerneuropa«, wie es bereits genannt wird, die weitere Entwicklung der EU auf lange Zeit lähmen, wenn nicht gar ausschließen. Aber auch wenn es zu einer gleichzeitigen Entwicklung sowohl in die Breite als auch in die Tiefe kommen sollte, wäre die Europäische Union nicht mehr die selbe wie bisher (nur größer). Die Konsequenzen der Beschlüsse zur Erweiterung werden bisher öffentlich kaum ausgesprochen. Ein Versuch, den Bürgern eine neue Vision zu vermitteln, haben die Verantwortlichen noch nicht unternommen.

AKP-Staaten

Nach Lomé kommt Suva

Das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den 71 AKP-Staaten (den ehemaligen Kolonien in Afrika, der Karibik und dem pazifischen Raum sowie die ihnen gleichgestellten Staaten) ist 1975 in Lomé, der Hauptstadt von Togo, unterzeichnet und seither dreimal verlängert worden (kurz Lomé II bis IV genannt). Es läuft nun wieder aus, soll aber nicht mehr verlängert, sondern durch ein neues Abkommen ersetzt werden. Wegen der Menschenrechtsverletzungen in Togo setzen die Partner ein Signal, indem das neue Abkommen in Suva, der Hauptstadt der Fidschi-Inseln unterzeichnet werden soll.

Signalhaft ist die Tatsache, daß ein politisches, kein wirtschaftliches Element den Ausschlag für den Wechsel des Ortes gibt. Die Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte war das wesentliche Anliegen der Europäer, die darin eine entscheidende Voraussetzung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der AKP-Staaten sehen. Viele Staaten empfinden die Forderung als neokolonialistisch, die Europäer haben aber deutlich gemacht, daß ohne diese Komponenten ein neuer Vertrag nicht zustande komme, also auch keine Handelserleichterungen und Finanzhilfen gewährt würden.

Auch nach Unterzeichnung wird gelten, daß die wirtschaftlichen Hilfen ausgesetzt werden können, wenn es etwa zu schweren Menschenrechtsverletzungen kommen sollte. Zur »guten Regierung« gehört Transparenz, die sicherstellen soll, daß unter anderem der Umweltschutz ernst genommen wird, daß Nepotismus und Korruption abgestellt werden, daß die Finanzhilfen ihre Bestimmungszwecke erreichen, daß die Armut im Land wirksam bekämpft wird. Im Verhältnis zur EU kommt ein Element des Wohlverhaltens hinzu, das die AKP-Staaten lange Zeit

nicht hinnehmen wollten: die Verpflichtung, abgelehnte Asylbewerber und ausgewiesene Flüchtlinge wieder aufzunehmen, auch wenn diese keine Bürger des Staates sind, aus dem sie in die EU eingereist sind.

Die Wirtschaftshilfen selber verlieren an Bedeutung, weil der Abstand zu den Zollsenkungen im Rahmen der WTO immer kleiner wird. Die Meistbegünstigungsklausel setzt der Präferenzeinräumung ohnehin Grenzen, sofern es sich nicht um Länder handelt, die zu den am wenigsten entwickelten Ländern gehören (sogenannte LDC). Die EU setzt deshalb auf eine neue Karte: sie fördert die Bildung regionaler Gemeinschaft von AKP-Staaten, die sich dadurch nicht nur durch ihr Verhältnis zur EU, sondern durch ein regionales Bündnis untereinander definieren würden. Darin kann man den Versuch sehen, das europäische Modell, das sich als erfolgreich erwiesen hat, zu exportieren. Aus der Sicht der EU-Staaten sollen der politische Reifungsprozeß gefördert und Kräfte mobilisiert werden, die aus den Regionen stammen und in den Regionen wirksam werden. Freihandelsabkommen mit diesen neuen Gemeinschaften sollen dann die Präferenzregelung ablösen. Wenn dies gelingt, würden die AKP-Staaten schneller Anschluß an die weltwirtschaftliche Entwicklung finden als bisher.

Erweiterung

Auf steilem Weg

Erstmals in ihrer Geschichte schickt sich die EU an, Länder mit historisch bedingten Entwicklungsrückständen aufzunehmen, und das gleich in ganzen Beitrittswellen. Um das Niveau des Erreichten nicht zu gefährden, muß von den Kandidaten immer mehr verlangt werden, bevor der Beitritt tatsächlich erfolgen kann. Auch die Europäische Zentralbank (EZB) meldete jüngst solche Ansprüche an. Zwar können die Beitrittskandidaten nicht gleich in die Euro-Zone eintreten, aber viele haben ihre Landeswährung bereits jetzt an den Euro gebunden, beeinflussen also dessen Wertentwicklung mit. Hinzu kommt, daß die jeweilige nationale Währungsgesetzgebung zum System der Europäischen Zentralbanken passen muß. Die geforderte Konformität nützt der gesamten Gemeinschaft ebenso wie den Kandidaten, die dadurch beweisen würden, daß sie dem Wettbewerb auf den Weltmärkten standhalten können.

Die Türkei, jahrzehntelang beitrittswillig, aber von den meisten EU-Mitgliedern eher abgelehnt, hat seit Helsinki den Status eines Beitrittskandidaten. Der Fahrplan für den Beitritt wird ausgehandelt und vorgezeichnet in einer sogenannten Beitrittspartnerschaft, die bis zum Herbst vorliegen soll. Daß Bewegung in den festgefahrebenen Prozeß kam, liegt zum einen daran, daß viele ehemalige Ostblockländer in die EU drängen, was bei einem weiteren Ausschluß der Türkei zu einer Konfrontation geführt hätte, die auch Nato-Interessen berührt hätte, zum andern an dem deutlich verbesserten griechisch-türkischen Verhältnis. Ein Stolperstein auf dem Weg wird Zypern sein. Der Inselstaat gehört zu den sechs Kandidaten, deren Beitritte als erste

erwartet werden – vor der Türkei. Die Türkei wird, gemessen an der Bevölkerung, der zweitgrößte Staat der EU.

Amerika

Kanada

Aus dem Windschatten der USA

Der Umstrukturierungsprozeß der kanadischen Volkswirtschaft ist weit vorangeschritten. Die Wirtschaft ist insgesamt gestärkt daraus hervorgegangen. Die Stimmung ist ausgesprochen optimistisch. Im vergangenen Jahr könnte ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von 3,8 % erreicht worden sein, im laufenden Jahr werden 3,4 % erwartet. Die Kanadier wollen sowohl innerhalb der NAFTA als auch im globalen Wettbewerb aus dem Windschatten ihrer mächtigen Nachbarn heraustreten. Sie setzen dabei vor allem auf die Biotechnologie (neutral »Life sciences« genannt) und auf die Informationstechnik als Motor der Innovation und des wirtschaftlichen Wachstums. Daneben investieren sie aber auch in den primären Sektor, um die zum Teil noch verborgenen Reichtümer des Landes zu nutzen. Neben Öl im Land (in den White Rose Fields) und im Offshore-Bereich westlich davon (Terra Nova vor der Atlantikküste) sollen auch Diamanten gefördert werden.

USA

Im Zeichen des Wahlkampfes

Der Dauer-Boom der amerikanischen Wirtschaft und das Dauerdefizit der amerikanischen Handelsbilanz – 330 Mrd. \$ im abgelaufenen Jahr – sind zwei Seiten ein und der selben Medaille. Nach Abzug des Überschusses bei den Dienstleistungen sind es immer noch 271 Mrd. \$. Der Importsog (Zunahme: 12 %) ist Teil des Nachfragesogs, und die Exportschwäche rührt zum guten Teil aus der Dollarstärke her. In dieser spiegelt sich zugleich die Euro-Schwäche, welche wiederum mit der vergleichsweise schwachen europäischen Konjunktur zusammenhängt. Die EU erzielte deshalb einen Überschuß von 43,7 Mrd. \$ – den drittgrößten aus amerikanischer Sicht.

Der Versuch, Importrestriktionen der Handelspartner als wesentliche Ursache auszugeben, ist nicht falsch, aber nur zum Teil berechtigt. Berechtigt ist er, mit jeweils unterschiedlichen Gründen, vor allem gegenüber Japan (Defizit: 73,9 Mrd. \$) und China (Defizit: 68,7 Mrd. \$). Ein weiteres Argument dagegen entsteht aus der Tatsache, daß viele amerikanische Importe aus amerikanischen Auslandsniederlassungen stammen, statistisch aber den Ausfuhrländern zugeordnet werden: die NAFTA ist schließlich kein Wohlfahrtsunternehmen zugunsten Mexikos, auch wenn interessierte Kreise dies von Zeit zu Zeit gern so hinstellen. Und schließlich ist die amerikanische Ölrechnung (die Kosten für das importierte Rohöl) auf 65,7 Mrd. \$ geklettert – ein Zuwachs um mehr als ein Drittel, Tendenz: steigend.

Wahlkampfzeiten begünstigen weniger die differenzierte Sicht der Dinge als den Aufbau von Machtpositionen. Wer an die Spitze der Weltmacht Amerika drängt, muß wohl nicht zuletzt den Eindruck erwecken, er habe den Rest der Welt fest im Griff. Die Auseinandersetzung um den Internationalen Währungsfonds zeigt deutlich, wie wenig Argumente bedeuten, wenn es um die Geltendmachung der eigenen Interessen geht. Allen Beteuerungen vor allem des scheidenden Präsidenten zum Trotz ist dies eine schlechte Zeit für die Fortentwicklung der internationalen Regelwerke.

Der Streit über die Exportsubventionierung, den die EU und die USA vor den Gremien der WTO ausgetragen haben und den die EU gewonnen hat, zeigt, daß dies eine schlechte Zeit auch für die Einhaltung bereits verabschiedeter Regelwerke ist. Das Handelsbilanzdefizit würde größer, wogegen sowohl die betroffenen Unternehmen etwas haben als auch die stimmensammelnden Kandidaten. Was bedeuten da schon die Prinzipien, auf deren Einhaltung die USA lautstark beharren, wenn sie die Benachteiligten sind?

Die größte Sorge macht den Amerikanern der Chef der Notenbank, Alan Greenspan, der ihnen vermutlich weitere Zinserhöhungen bescheren wird. Die Binnenkonjunktur soll dadurch gebändigt, die Inflationsgefahr abgewendet werden. Der Außenwert des Dollar würde allerdings weiter steigen und mit ihm das Handelsbilanzdefizit. Das ist das Dilemma der amerikanischen Wirtschaftspolitik.

MERCOSUR

Tiefe Kluft

Der wieder aufbrechende Optimismus in der südamerikanischen Handelsgemeinschaft hat vor allem mit den Wachstumsaussichten zu tun. Ein um 26 % geschrumpftes Außenhandelsvolumen im Jahr 1999 innerhalb der Gemeinschaft bietet allerdings schon rein statistisch gute Voraussetzungen dazu. Ein Entwicklungsfortschritt jedenfalls ist nicht erkennbar – nicht einmal ein Konsens über die Entwicklungsrichtung. Brasilien sucht den Weg in der Erweiterung. Das Land hat einseitig Abkommen mit den Ländern des Anden-Paktes geschlossen und hofft, die anderen MERCOSUR-Länder werden nach- und in Zukunft mitziehen. Die anderen aber suchen den Weg eher in der Vertiefung der bestehenden Gemeinschaft. Bei vernünftiger Betrachtung könnten diese möglichen Entwicklungsrichtungen durchaus gleichzeitig betrieben werden – aber Vernunft ist wenig zu erkennen.

Brasilien, die Führungsmacht Südamerikas, strebt nach einer raschen Vergrößerung seiner Einflußsphäre ohne spürbare Souveränitätsverluste, Argentinien dagegen will lieber auf dem Weg zu einem gemeinsamen Binnenmarkt im bestehenden MERCOSUR voranschreiten, um der Gemeinschaft sozusagen ein höheres »spezifisches« Gewicht zu geben. Für die argentinische Position spricht die Tatsache, daß die Integration der Anden-Pakt-Länder bereits weiter fortgeschritten ist als diejenige

im MERCOSUR. Auch Chile, das im MERCOSUR einen Beobachterstatus hat, kann auf absehbare Zeit kein Mitglied werden, da seine Zölle weit niedriger liegen als diejenigen des MERCOSUR. Brasilien setzt offenbar auf mehr Einfluß in der Region – zu Lasten der Nachbarn, aber auch zu Lasten der Integration in die Weltwirtschaft. Argentinien aber braucht Brasilien als seinen größten Absatzmarkt, da die wenigsten seiner Exportgüter auf den Weltmärkten konkurrenzfähig sind: das argentinische Lohnniveau ist fast dreimal so hoch wie das brasilianische, und die Qualität der Industrieprodukte ist zum Teil unterdurchschnittlich.

Asien und Australien

Israel

Frieden und Freihandel

Der Handel mit den Nachbarstaaten ist die Stütze des Außenhandels fast aller Länder der Erde. Israels Wirtschaft entbehrt diese Stütze aus historischen und politischen Gründen. Der Friedensprozeß, in den vor allem die palästinensischen Autonomiegebiete und Syrien einbezogen sind, soll in der Folge auch im Libanon und in den übrigen (solidarischen) arabischen Ländern die Absatzchancen für israelische Produkte verbessern. Derzeit ist allerdings schwer auszumachen, ob erste, recht optimistische Prognosen dem Friedensprozeß dienen sollen oder tatsächlich der Friedensprozeß – unter anderem – der Exportwirtschaft.

Sollte der Friedensprozeß entscheidend vorankommen, so wird er seine wirtschaftlichen Wirkungen wohl eher außerhalb der arabischen Welt entfalten. Das hat auch mit den Unterschieden in der wirtschaftlichen Entwicklung, wie sie zwischen Israel und den anderen Staaten der Region bestehen, zu tun. Einfache Produkte aus Israel sind zu teuer, und Produkte der Hochtechnologie können die Märkte der Nachbarn kaum in nennenswertem Umfang aufnehmen. Das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Israel hat deshalb sicherlich ein größeres wirtschaftliches Gewicht – zumal, anders als in Arabien, in Europa keine Vorbehalte gegenüber israelischen Produkten zu überwinden sind.

China

Vorm WTO-Beitritt

Eine »Welt«-Handelsorganisation ohne China verdient auf Dauer ihren Namen nicht, das ist das eine Argument für den Beitritt, und 1,2 Mrd. Chinesen mit beachtlichen Ersparnissen als mögliche Abnehmer von Exportgütern das andere. Kein Wunder also, daß die Verhandlungen mit der EU auf Hochtouren laufen. Außerdem sind die Verhandlungen mit den USA ja bereits abgeschlossen und dürften zur Jahresmitte vom Kongreß gebilligt werden. China verlangt, als Entwicklungsland, Schutz nach dem Beitritt zur WTO und einen langsamen Abbau der Ausnahmeregelungen. Das ist einerseits verständlich, andererseits wird nicht

übersehen, daß China gegenüber den USA und der EU beachtliche Exportüberschüsse erzielt, also mindestens in außenwirtschaftlicher Beziehung über Handlungsspielräume verfügt, die in den Verhandlungen mit ausgelotet werden sollen. Wenn es zu einer Einigung kommt – und daran wird nicht mehr gezweifelt – ist darin ein Sieg aller zu sehen.

Die größeren Probleme, egal wie die Abkommen im Detail aussehen werden, hat China: mit dem immer noch weit von der Sanierung entfernten Bankensystem, den überwiegend maroden, unmodernen Staatsbetrieben mit ihren viel zu großen Belegschaften (»verdeckte Arbeitslosigkeit«) und fehlender Orientierung an Marktbedürfnissen, dem wirtschaftlich rückständigen ländlichen Raum, um nur einige zu nennen. Die Reformer im Land setzen auf den WTO-Beitritt, um unter (wenn auch vorerst eingeschränkten) Weltmarktbedingungen rascher mit dem Umbau der Wirtschaft (und der Gesellschaft) voranzukommen. Manche munkeln, die Regierung tue dies ebenfalls, um eine »weiche Landung« des sozialistischen Systems hinzubekommen (angesichts der harten des sowjetischen Systems). Die chinesische Führung behauptet (nach 13 Jahren der Bemühung um einen WTO-Beitritt), sie könne noch einmal 13 Jahre warten. So lang ist ihr Atem in dieser Angelegenheit aber ganz sicher nicht. Schon jetzt breitet sich – in Erwartung des Beitritts und sinkender Preise für Importgüter – ein geradezu lähmender Attentismus aus. Hinter die chinesische Maske zu schauen, wird westlichen Beobachtern aber wohl letztlich immer unmöglich bleiben.

Afrika

COMESA

Neue Freihandelszone

Eine Freihandelszone vom Mittelmeer bis zum Kap soll entstehen. Die »Common Market for Eastern and Southern Africa«, kurz: COMESA, genannte Vereinigung von 21 afrikanischen Staaten will endlich wahr machen, was sie sich schon seit 1994 vorgenommen hat. Warum so plötzlich? Zum einen steht fest, daß der Außenhandel der Zone das Fünfzehnfache dessen beträgt, was im Intrahandel umgesetzt wird. Andere Freihandelszonen zeigen Werte um die 50 % Intra- bzw. Außenhandel. Zum andern paßt die Besinnung auf die eigenen Kräfte gut zu den Leitlinien, unter denen das neue Abkommen mit den AKP-Staaten steht: regionale Wirtschaftsgemeinschaften bilden, Kräfte mobilisieren und gemeinsam mehr erreichen, auch wenn nicht alle COMESA- zugleich AKP-Staaten sind.

Südafrika

Stillstand überwunden

Das Land hat auch wirtschaftlich viel erreicht seit dem Ende der Apartheid, ist aber noch weit entfernt von der Normalität entwickelter Länder. Nach zwei Jahren der

Stagnation mehren sich jetzt die Anzeichen für eine Fortsetzung der positiven Entwicklung. Die Wachstumsrate wird zwischen 4 und 5 % erwartet, die Zinsen fallen – von 25,5 auf 14,5 %, die Inflation hat einen historischen Tiefstand erreicht: 6 %. Das Abkommen mit der EU wird weitere Exporterfolge begünstigen.

Dennoch fehlen ausländische Investoren, und bei denjenigen, die im Land tätig sind, fehlt vielfach die Bereitschaft zu expandieren, insbesondere mehr Arbeitnehmer einzustellen. Bei einer Arbeitslosenquote, die mindestens 25 % beträgt (nach anderen Schätzungen bis zu 38 %), ist diese Lage fatal. Gründe hierfür sind nicht allein in der Stagnationsphase zu sehen, sie liegen vielmehr in einer Arbeitsverfassung, die international nicht konkurrenzfähig ist. Investoren sprechen von einem Diktat der Gewerkschaften. Einen nachhaltigen Wachstumsimpuls versprechen sich ausländische Beobachter von der Privatisierung wichtiger und bisher wenig effizient arbeitender Staatsbetriebe.

Europa

Frankreich

EU-Lokomotive

Die französische Wirtschaft hat einen neuen Wachstumspfad erreicht. Auch in diesem Land wird die treibende Kraft in der sogenannten »neuen Wirtschaft« ausgemacht. Nach anfänglichem Zögern werden Telekommunikations- und Internetdienste geradezu begeistert angenommen. 420.000 neue Arbeitsplätze im letzten Jahr, die vor allem im Dienstleistungssektor entstanden, zeigen eine neue Zuversicht für die weitere Entwicklung. Die Inflationsgefahr gilt als gebändigt. Frankreich ist derzeit die Lokomotive im Verbund der EU-Staaten mit einem erwarteten realen Wachstum, das an die 4 %-Marke heranreichen dürfte.

Italien

Gewinnt Anschluß

Italien war auf den letzten Platz abgerutscht während der Stagnationsphase der meisten europäischen Volkswirtschaften. Die Bitte, die Neuverschuldung im Jahr 1999 vorübergehend höher als eigentlich zulässig ausfallen lassen zu dürfen, ist noch in guter Erinnerung. Tatsächlich fiel die Verschuldungsrate unter die zulässige Marke von 2 % auf 1,9 % des BIP. Die Konjunktur ist angesprungen. Das Wachstum des letzten Jahres fiel mit 1,4 % höher als erwartet aus, für das laufende Jahr könnte es fast verdoppelt werden. Die Euroschwäche begünstigte die italienische Exportwirtschaft, allerdings nicht so stark, daß die Ausfälle in den Krisenregionen ausgeglichen worden wären. Für das laufende Jahr werden aber wieder Zuwächse zwischen 6 und 7 % erwartet. Die Deckungslücke im Staatshaushalt ist vor allem durch die fortgesetzte Privatisierung großer Staatsbetriebe und die fallenden Zins-

aufwendungen für die Staatsschulden, aber auch deshalb kleiner geworden, weil die Steuerhinterziehung wirksamer bekämpft wird.

Österreich

Ende der »Namenlosen«

Der Start in die EU gelang Österreich reibungslos, doch plötzlich sieht sich das Land in die Ecke gestellt. Erst beschloß die EU, die unerwünschte Koalitionsregierung zu ächten (wenn man Haider's Worte gegen Putins Taten hält und die jeweiligen Reaktionen der EU miteinander vergleicht, dann erscheint die Haltung gegenüber Österreich doch als überzogen), dann drohte die OECD auch noch, das Land aus der Arbeitsgruppe gegen Geldwäsche auszuschließen, wenn die anonymen Sparkonten nicht abgeschafft würden (eine Forderung, die nebenbei auch die EU gestellt hat). Die leidigen namenlosen Konten (die noch aus der Kaiserzeit stammen) sollen deshalb endlich abgeschafft werden. Mit einer Übergangsfrist soll spätestens Ende des ersten Halbjahres 2002 das letzte Konto einen namentlich ausgewiesenen Inhaber haben oder aufgelöst sein. Die Anzahl dieser Konten wird auf 4,5 Millionen geschätzt – bei 8 Millionen Einwohnern.

Griechenland

Reif für den Euro

Das Euro-Bargeld sollte und wird von Anfang an lateinisch und griechisch beschriftet sein. Schneller als erwartet, ist die griechische Volkswirtschaft auf Konvergenzkurs eingeschwenkt. Der Antrag zur Aufnahme in die Europäische Währungsunion ist gestellt, und die Chancen stehen gut, daß sie zum 1. Januar nächsten Jahres erfolgt. Die Maastricht-Kriterien werden erfüllt, für dasjenige der zulässigen Staatsverschuldung (60 % des BIP) muß freilich ein Auge zugekniffen werden – ähnlich wie seinerzeit bei der Aufnahme Belgiens und Italiens. In diesem Jahr werden es noch 103 % sein, Tendenz: weiter fallend.

Die Annäherung Griechenlands an den türkischen Nachbarn (genauer der Abbau der gegenseitigen Animositäten) verspricht ein tragendes Element der wirtschaftlichen Entwicklung beider Länder zu werden. Die angestrebte Kooperation im Tourismus soll die Ägäis als *eine* Region aufwerten und zu deutlich höheren Einnahmen führen. Die Regierungen haben Signale gesetzt, die von den Bevölkerungen mitgetragen werden. Die Unternehmen beider Staaten nutzen das verbesserte Klima für eine Zusammenarbeit, wie sie noch vor wenigen Jahren kaum vorstellbar war. Bleibt zu hoffen, daß sich die verfeindeten Volksgruppen auf Zypern in diesen Annäherungsprozeß einbeziehen lassen.

Osteuropa

Aufschwung kommt voran

Je näher die osteuropäischen Länder der EU sind, räumlich sowie in ihren Transformationsprozessen, desto nachhaltiger wachsen sie. Für die westlichen dieser Länder ist entscheidend, daß die deutsche Konjunktur wieder in Gang gekommen ist, für die östlichen, insbesondere die baltischen Länder, daß es auch in Rußland seit Mitte des letzten Jahres wieder bergauf geht. Abgesehen von der Slowakei, die nach einer Phase der Desorientierung in Rückstand geraten ist, ist sogar so etwas wie eine länderübergreifende positive Entwicklung zu spüren: hier wächst zusammen, was zusammengehören will. Die Balkanstaaten sind allerdings aus dieser Betrachtung ausgenommen.

Der positive Trend kann aber den Entwicklungsrückstand insgesamt nicht vergessen machen. Die Leistungsbilanzen sind – man möchte fast sagen: natürlich – negativ. Die Inflation ist höher als in der Euro-Zone. Sie wird zwar nicht verharmlost, aber als eine Art Schmiermittel im Wachstumsprozeß angesehen. (Das Beispiel des Transformationslandes China zeigt in der Tat, wie störend anhaltende deflatorische Prozesse für die Konjunktur sein können.)

Außenwirtschaftsbrief 2/2000. Informationen für das erfolgreiche Auslandsgeschäft. Für den Inhalt verantwortlich: Günther Flemming. Köln, April 2000: Deutscher Wirtschaftsdienst.